

INFORMATIONEN AUS LAND UND KREIS

ERFOLGREICHER KREISPARTEITAG

Der Kreisparteitag der CDU im Kreisverband Viersen am 18. Januar 2014 in Grefrath-Oedt war ein gro-



ßer Erfolg. Rund 340 Mitglieder beteiligten sich rege an den Diskussionen und wählten den Kreisvorstand, die Kandidaten für den Kreistag sowie drei Delegierte und drei Stellvertreter für die Vertreterversammlung Reserveliste LVR.

Marcus Optendrenk MdL wurde mit über 96 Prozent

der Stimmen als Kreisvorsitzender bestätigt. Als seine Stellvertreter wurden Uwe Schummer MdB (92 Prozent), Stefan Berger MdL (80 Prozent), Luise Fruhen (78 Prozent) und Michael Aach (71 Prozent) bestimmt. Volker Müller wurde mit nur einer Gegenstimme zum Schatzmeister gewählt.



Die vollständigen Ergebnisse sowie die Berichte finden Sie unter www.cdu-kreisviersen.de.

Themen dieser Ausgabe:

Unbezahlbare Pläne für den Radschnellwegebau	2
Ausstellung „Aachener Dom“ im Landtag	2
Familienzentren: Ausbau stockt	2
Schuldenberg steigt auf 137 Milliarden Euro	3
Bundesmitten nicht abgerufen	3
„Nadelöhr“ Viersen-Kaldenkirchen	4
Unterrichtsausfall muss erhoben werden	4
CDU kämpft gegen Kindesmisshandlung	5
Personalverschwendung bei der Polizei	5
„Familien-Freunde“ im Kreis Viersen gesucht	6
UNESCO-Weltkulturerbe Schützenbrauchtum	6

MARCUS OPTENDRENK IN DIE FRAKTIONSGESCHÄFTSFÜHRUNG BERUFEN

Die CDU-Landtagsfraktion NRW hat Marcus Op-



tendrenk in ihren geschäftsführenden Fraktionsvorstand berufen. Auf ihrer Klausurtagung in Berlin kooptierte die Fraktion den haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der CDU in die engere

Fraktionsführung. Gemeinsam mit Stefan Berger, der seit Beginn der hochschulpolitische Sprecher der CDU ist, gehört Optendrenk zudem dem Fraktionsvorstand an.

UNBEZAHLBARE PLÄNE FÜR DEN RADSCHNELLWEGEBAU

Wenn die rot-grüne Landesregierung ihre Pläne, Radschnellwege in Nordrhein-Westfalen zu fördern, tatsächlich umsetzen würde, ergäbe sich – legt man Kosten von knapp 1 Millionen Euro pro zu bauendem Kilometer Radschnellweg zugrunde – gemäß Bekanntgabe der Landesregierung eine Summe von etwa 230 Millionen Euro. Die Finanzierung ist jedoch bis heute völlig unklar. Die bisherigen Haushaltspläne und die mittelfristige Finanzplanung bis 2017 enthalten die rot-grünen Pläne für Radschnellwege nicht. Der Etat sieht derzeit landesweit lediglich 9 Millionen Euro für Radwege an bestehenden Landesstraßen vor.

Aufgrund der desaströsen Finanzpolitik der rot-grünen Landesregierung werden wir uns keine „Radautobahnen“ leisten

können. Zudem stellt sich die Frage, ob in Zeiten knapper Landeskassen das wenige Geld nicht besser für den Bau und Erhalt von Landesstraßen, Brücken sowie des herkömmlichen Radwegenetzes eingesetzt werden sollte statt für neue Radschnellwege.

Verkehrsminister Groscheks *u n g e d e c k t e r* Scheck wird zu einer breiten Enttäuschung führen. Im ganzen Land haben die Befürworter leistungsfähiger interkommunaler Radverbindungen mit viel Herzblut Pläne geschmiedet. Aufgrund der unklaren Finanzierung drohen diese Pläne nun in der Schublade zu verschwinden.



AUSSTELLUNG „AACHENER DOM“ IM LANDTAG

Die Ausstellung „Der Aachener Dom – ein Bauwerk, das Europas Wurzeln verdeutlicht“ im Düsseldorfer Landtag gewährt Einblicke in die Geschichte eines der bedeutendsten europäischen Bauwerke und vermittelt ei-



nen Eindruck seiner Erhabenheit, die die Menschen bis heute in ihren Bann zieht.

Die Ausstellung kann bis zum 6. März 2014 nach vorheriger Anmeldung, montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr, besichtigt werden. Anmeldungen richten Sie bitte per E-Mail an veranstaltungen@landtag.nrw.de oder telefonisch an 0211-884 2129.

FAMILIENZENTREN: AUSBAU STOCKT

Familienministerin Schäfer hat mitgeteilt, dass auch in der nächsten Ausbaustufe im Kita-Jahr 2014/2015 landesweit nur mager 100 Familienzentren hinzukommen werden. Die CDU-geführte Landesregierung ging in ihren Ausbauplanungen dagegen stets von landesweit 3.000 Familienzentren aus. Daraufhin hatten sich alle Akteure vor Ort auf Ausbaustufen in ihren Kindergärten verständigt. Diese Pläne liegen unter Rot-Grün nun seit 2011 auf Eis

und können nicht weiter umgesetzt werden. 1.000 ursprünglich fest eingeplante Familienzentren im Sinne einer flächendeckenden Versorgung werden unter der neuen Landesregierung nicht mehr realisiert werden können.



SCHULDENBERG STEIGT AUF 137 MILLIARDEN EURO

In 2013 hat die rot-grüne Landesregierung unser Land um weitere 3,2 Milliarden Euro verschuldet. Der Schuldenberg des Landes wächst auf insgesamt fast 137 Milliarden Euro an. Damit trägt die rot-grüne Landesregierung einmal mehr die rote Laterne in Deutschland.



Foto: © Gina Sanders

Selbst das finanzschwache rot-grün-regierte Schleswig-Holstein hat, erstmals seit 1962, in 2013 einen Haushaltsüberschuss erzielt. Neben Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und

Berlin ist Schleswig-Holstein ein weiteres Bundesland, das inzwischen schwarze Zahlen schreibt. Nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen lässt keinen Sparwillen erkennen.

SPD und Grüne müssen endlich die Notbremse ziehen und eine verbindliche Finanzplanung bis zum Jahr 2020 vorlegen. Unser Land braucht einen konkreten Plan, wie die Neuverschuldung abgebaut und die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Daher hat die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf für eine verbindliche Finanzplanung bis 2020 in die parlamentarischen Beratungen eingebracht. Darin soll die Landesregierung verpflichtet werden, eine verbindliche Finanzplanung bis 2020 vorzulegen.

BUNDESMITTEL NICHT ABGERUFEN

Seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün herrscht verkehrspolitische Konzeptlosigkeit in Nordrhein-Westfalen. Verkehrsminister Groschek musste im vergangenen Jahr rund 42 Millionen Euro an den Bund zurückgeben, die unserem Bundesland eigentlich zugestanden hätten. Auch 2014 und sogar noch 2015 können Mittel vom Bund in Millionenhöhe nicht abgerufen werden, da nicht genügend abgeschlossene Planfeststellungsverfahren vorliegen.

Zum Vergleich: Die CDU-geführte Landesregierung hat während ihrer Zeit der Regierungsverantwortung nie Geld nach Berlin zurückgeben müssen. Im Gegenteil: Es konnten sogar insgesamt zusätzlich 143 Millionen Euro an nicht verbautem Geld aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen geholt werden. Nie hat es mehr Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen gegeben als unter der CDU-geführten Landesregierung von 2005 bis 2010.

SPD-Verkehrsminister Groschek behauptet, der Personalabbau bei Straßen.NRW sei schuld daran, dass jetzt Planungspässe bestehen. Das überzeugt nicht. Denn unter



CDU-Regierungsverantwortung wurden 2009 und 2010 Rekordsummen in die Infrastruktur verbaut. Parallel dazu wurde geplant – und zwar mit den Planern, die damals im Landesbetrieb Straßen.NRW waren. Darüber hinaus wurden Planungskapazitäten auf dem freien Markt bei Ingenieurbüros eingekauft.

Verkehrsminister Groschek will mit seinen Äußerungen nur die eigenen Versäumnisse vertuschen: So wurden unter Rot-Grün zum Beispiel 157 Straßenbauprojekte nicht weiterverfolgt.

"NADELÖHR" VIERSEN-KALDENKIRCHEN

In einem „Europa ohne Grenzen“ müssen Transport und Infrastruktur-Förderung grenzüberschreitend möglich sein. Sie dürfen nicht länger an der Grenze Halt machen. Darin sind sich Marcus Op-tendrenk und Stefan Berger mit dem Europaabgeordneten Karl-Heinz Florenz und Uwe Schummer MdB einig. Leider sieht die Realität anders aus. Deshalb haben sich die vier Volksvertreter von Europa-, Bundes- und Landesebene zusammengenommen und ihr Anliegen gemeinsam vorgebracht.



Wichtig in Bezug auf eine bessere Verbindung Europas miteinander ist die Infrastruktur. Schlüssel für den Ausbau der

Infrastruktur ist die Akzeptanz der Bürger - und hier ist gerade Schienenlärm immer wieder ein Problem. Die vier Politiker sind jedoch überzeugt, dass ein verbesserter Lärmschutz auch durch Streckenausbau geschehen kann. Der zweispurige Ausbau

des „Nadelöhrs“ zwischen Kaldenkirchen und Dülken ist ein gutes Beispiel. Das Projekt würde die Lärmbelastung durch Vermeidung von Bremspunkten und zusätzlichen passiven Lärmschutz erheblich reduzieren - und hätte natürlich weitere positive Auswirkungen für Pendler und Industrie im Grenzgebiet.

Sowohl deutsche wie auch niederländische regionale Akteure sind vom Projekt überzeugt, die finanzielle Unterstützung über Landes- und Bundesebene wird angestrebt. Das Verfahren ist jedoch - nicht zuletzt aufgrund der Haushaltslage - problematisch. Es werden eher prestigeträchtige Großprojekte gefördert, als dieses kleine Vorhaben. Zudem fehlt in den deutschen Förderprioritäten der gerade für den Niederrhein so wichtige grenzüberschreitende Aspekt. Dass der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Siim Kallas, nun seine politische Unterstützung für das Projekt zugesagt hat, bestärkt uns in unseren Bestrebungen. Dieses wichtige Projekt ist ein Paradebeispiel für nachhaltigen Verkehr.

UNTERRICHTSAUSFALL MUSS ERHOBEN WERDEN

Bisher wurde in Nordrhein-Westfalen der Unterrichtsausfall immer statistisch erhoben. Seit 2010, dem Jahr der Regierungsübernahme von Rot-Grün, gibt es diese Erhebung nicht mehr. Nun zu behaupten, der Erfolg von Schülerinnen und Schülern hänge von der Unterrichtsqualität ab und nicht vom Unterrichtsausfall, lenkt von diesem Versagen ab. Denn Qualität im Unterricht kann es nur geben, wenn er auch stattfindet - und das selbstverständlich fachgerecht.

Um Schule besser machen zu können, muss die Politik wissen, was zu verbessern ist. Wenn aber erst gar nicht geprüft wird, wo Missstände sind, können diese auch nicht korrigiert werden. Länder wie Bayern und Sachsen, die regelmäßig bei

schulischen Ländervergleichen an der Spitze stehen, machen es vor: Sie erheben den Unterrichtsausfall sehr differenziert und können daher offenkundig auch adäquat darauf reagieren. Auf die Erhebung des Unterrichtsausfalls zu verzichten, ist fahrlässig den



Schülerinnen und Schülern gegenüber, eine Missachtung des Elternwillens und eine Vernachlässigung der politischen Sorgfaltspflicht gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, die häufig durch Vertretungsunterricht und fachfremden Unterricht zusätzlich belastet werden.

CDU KÄMPFT GEGEN KINDESMISSHANDLUNG

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat sich abschließend mit einem Antrag der CDU-Landtagsfraktion befasst, der geprüft wissen will, wie eine hinreichende Rechtsgrundlage geschaffen werden kann, damit sich Ärzte bei Verdacht auf Kindesmisshandlung interkollegial austauschen können. Es ist fatal, dass SPD und Grüne diesem Prüfauftrag nicht zugestimmt haben und damit die betroffenen und bedrohten Kinder im Regen stehen lassen.

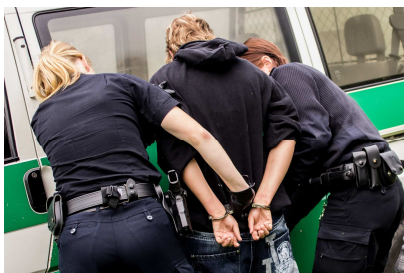
Aus Sicht der CDU ist der Kinderschutz ein hohes Gut, zu dessen Verwirklichung der Staat und die Gesellschaft gleicher-

maßen beitragen müssen – und zwar insbesondere dort, wo die zur Sorge Berechtigten und Verpflichteten ihrem Schutzauftrag nicht gerecht werden. Es müssen endlich Wege gefunden werden, die den innerärztlichen Austausch entkriminalisieren. Hierzu hat die CDU-Fraktion – ergänzend zu ihrem Antrag – einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auf eine gesetzliche Klarstellung im Heilberufsgesetz abstellt.



PERSONALVERSCHWENDUNG BEI DER POLIZEI

In der nordrhein-westfälischen Polizei werden seit 1980 nur knapp 20 Prozent der Beamten zur Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt – obwohl die Anzahl der Straftaten in diesem Zeitraum um 50 Prozent gestiegen ist. Deshalb ist NRW bei der Aufklärungsquote inzwischen das Schlusslicht der bundesdeutschen Flächenländer.



Trotz dieser beunruhigenden Entwicklung erschwert Innenminister Ralf Jäger die kriminalpolizeiliche Arbeit seit nunmehr dreieinhalb Jahren dadurch, dass er bei der Polizei keine Personalverwendung, sondern Personalverschwendung betreibt. Er degradiert Polizeibeamte nämlich regelmäßig zu Springern und Leiharbeitern – je nachdem, wo er sie gerade zur eigenen Imagepflege benötigt. Durch wochenlang angekündigte „Blitz-Marathons“ oder Großrazien mit Pressebegleitung verbreitet der Minister permanent operative Hektik. Hinzu kommen unzählige Präven-

tionskampagnen wie „Riegel vor!“, „Brems dich!“, „Crash Kurs NRW“ oder „Kurve kriegen!“, mit denen Minister Jäger sich öffentlich als „Hans Dampf in allen Gassen“ zu inszenieren versucht. Ausweislich der Kriminalstatistik sind jedoch all diese Aktionsprogramme bislang wirkungslos verpufft. Ihr einziger messbarer Effekt besteht darin, dass sie für ein weiteres Anwachsen der Überstunden und der Vorgangsfächer in den Kriminalkommissariaten sorgen. Darunter leidet die Bearbeitung von Wohnungseinbrüchen und anderen Straftaten ganz erheblich.

tionskampagnen wie „Riegel vor!“, „Brems dich!“, „Crash Kurs NRW“ oder „Kurve kriegen!“, mit denen Minister Jäger sich öffentlich als „Hans Dampf in allen Gassen“ zu inszenieren versucht. Ausweislich der Kriminalstatistik sind jedoch all diese Aktionsprogramme bislang wirkungslos verpufft. Ihr einziger messbarer Effekt besteht darin, dass sie für ein weiteres Anwachsen der Überstunden und der Vorgangsfächer in den Kriminalkommissariaten sorgen. Darunter leidet die Bearbeitung von Wohnungseinbrüchen und anderen Straftaten ganz erheblich.

Einladung zur Bürgersprechstunde

Stefan Berger MdL und Marcus Optendrenk MdL laden Sie herzlich zur nächsten Bürgersprechstunde ein

am 18. März 2014 um 17 Uhr

in Willich (der genaue Ort wird noch bekanntgegeben)

Interessierte melden sich bitte mit kurzem Stichwort zum gewünschten Gesprächsthema in der Kreisgeschäftsstelle unter 02162/29011 oder per Mail unter info@cdukreisviersen.de an. Wir freuen uns auf Sie!

„FAMILIEN-FREUNDE“ IM KREIS VIERSSEN GESUCHT

Die Frauen Union der CDU Kreis Viersen hat den Wettbewerb „Familien-Freunde“ im Kreis Viersen gestartet. Jeder kann sich bewerben oder Bürgerinnen und Bürger



aus dem Kreis Viersen vorschlagen, die sich ehrenamtlich für Familien einsetzen, sie unterstützen oder familienfreundlich handeln. „Wir suchen Menschen im Kreis Viersen, die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft familienfreundlicher wird“, sagt Sonja Fucken-Kurzawa, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Kreis Viersen.

Der Preis für familienfreundliches Handeln wird am 15. Mai 2014, dem Tag der Familie, verliehen. An der Aktion beteiligen sich auch die anderen Vereinigungen der CDU, Junge Union, Senioren Union, Schüler Union Willich, Mittelstandvereinigung und evangelischer Arbeitskreis. Sie stellen die Mitglieder der Jury, die über den oder die Preisträger entscheiden.

Vorschläge, wer den Preis „Familien-Freund“ erhalten soll, können bis 1. April 2014 bei der Kreisgeschäftsstelle der CDU, Goeterstraße 54 in 41747 Viersen schriftlich oder per E-Mail an info@cdu-kreisviersen.de unter dem Stichwort „Familien-Freund“ eingereicht werden.

UNESCO-WELTKULTURERBE SCHÜTZENBRAUCHTUM

Die über 570.000 aktiven Schützinnen und Schützen in Nordrhein-Westfalen machen mit ihrem Bürgersinn, ihrer Heimatliebe und ihrem Gemeinschaftsgeist unser Land lebenswerter und schöner. Denn Schützen machen aus Orten Heimat. Das gilt selbstverständlich auch für den Kreis Viersen.

Die CDU-Landtagfraktion hat einen Antrag in den Düsseldorfer Landtag eingebracht, in dem sie ausdrücklich das Ansinnen der Europäischen Gemeinschaft Historischer Schützen auf Aufnahme des Schützenbrauchtums in das Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes bei der UNESCO unterstützt.

Es ist sehr bedauerlich, dass SPD, Grüne und Piraten den Schützen bei der Abstimmung im Landtag ihre Unterstützung verweigert haben. Nachdem SPD und Grüne anfangs Zustimmung zu dem Antrag der CDU signalisiert hatten, haben sie aus reiner Parteitaktik nach fadenscheinigen Argumenten gesucht, um die Aufnahme des Schützenwesens in das UNESCO-Weltkulturerbe nicht zu unterstützen.

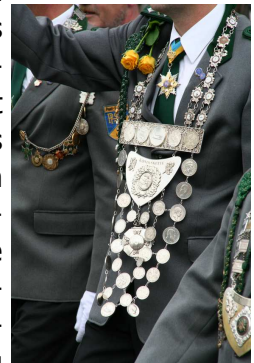


Foto: © Bea Busse

Dr. Marcus Optendrenk MdL
CDU-Kreisverband Viersen
Goetersstraße 54
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011
Telefax 02162 - 18989
marcus.optendrenk@landtag.nrw.de
www.marcus-optendrenk.de

Dr. Stefan Berger MdL
CDU-Kreisverband Viersen
Goetersstraße 54
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011
Telefax 02162 - 18989
stefan.berger@landtag.nrw.de
www.stefan-berger.de